

Bezugspreis:

Einzelheft 4 Pf. monatlich 2.25 Mk. ...

Ein „Sozialist“ reicht in monatlich 30 mal Sonntags aus.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokraties Ver. in“.

Vorwärts Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Mittwoch, den 4. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonparollezelle ...

England verlangt Auslieferung Wilhelms.

Die Auslieferung Wilhelms des Letzten.

Ein diplomatischer Schritt Englands bevorstehend. ...

Die Lokomotivenfrage.

Auf den bekannten deutschen Vorschlag zur Regelung ...

Einzug der Ententetruppen durch das Brandenburger Tor?

Basel, 4. Dezember. (Tel.-N.) Nach Erklärungen ...

Die Verpflegungsgelder der Besatzungstruppen.

Reber die Fälligkeit der Verpflegungsgelder für die feindlichen ...

Die Armee Mackensen.

Budapest, 4. Dezember. (Holländ. Neuest. Bureau.) ...

Elfaß-Lothringen bereits französisch.

Die Franzosen warten nicht erst die Friedensverhandlungen ...

Armeniermordehen und kein Ende.

Der Abzug der türkischen Truppen aus dem Kaukasus. ...

Wir wollen die ganze Gerechtigkeit...

Die „Humanität“ gegen Gewaltfrieden. ...

Die Ostfront gegen Bolschewismus.

Ablehnung des angekündigten Besuchs. ...

Deutschösterreich wählt!

Die Verfassungsdarlehen in Deutschösterreich scheitern ...

Einzig 3. Dezember. Aus Freislad im Oberösterreichischen ...

Die Verfassungsdarlehen in Deutschösterreich scheitern ...

Gegenrevolution?

Der Kampf mit der Gegenrevolution gehört zu den unerfreulichsten Aufgaben der Revolution. ...

Wer hält es für möglich, daß etwa das preussische Dreiklassenwahlrecht wieder eingeführt wird? ...

Neben Zeiten führe ich mich entgegen! Unfähr! Keine Partei und kein System kann das Volk aus dem Elend eines vierjährigen Krieges mit einem Satz in herrliche Zeiten hinüberführen lassen. Schwere steht uns noch bevor, und wenn wir nicht planmäßig, sparsam und fleißig arbeiten werden, so werden wir wie die Gunde verrotten. Ueber den Trümmern unseres Volkes, die dann noch übrig geblieben sind, kann dann vielleicht die Gegenrevolution triumphieren.

Rede Wilsons vor dem Kongress.

Die Fortsetzung der Rede Wilsons, deren ersten Teil wir in unserer heutigen Morgenausgabe brachten, liegt nun vor. Er führte seinem Reuter-Telegramm zufolge weiter aus:
Ich nehme bestimmt an, daß der Kongress das Flottenprogramm, das festgesetzt wurde, ehe wir in den Krieg traten, ausführen wird. Der Sekretär für die Marine hat den Kommissionen der beiden Häuser einen Teil des Programms zur Genehmigung vorgelegt, der sich mit den Bauplänen der nächsten drei Jahre beschäftigt. Diese Pläne wurden nicht unter den Augenmerkbedingungen des Krieges vorbereitet, sondern in der Absicht, zu einer endgültigen Methode für die Entwicklung der Flotte zu gelangen. Ich empfehle allen ernstlich die ununterbrochene Weiterführung dieser Politik. Es würde für uns unklug sein, zu versuchen, unser Programm einer noch unbestimmten zukünftigen Weltlage anzupassen. Der Präsident kam sofort auf die Eisenbahnfrage zu sprechen und sagte in diesem Zusammenhang: „Ich glaube, wir dürfen auf einen formellen Abschluß des Krieges durch Vertrag im Frühjahr hoffen.“ Zum Schluß sagte der Präsident: Ich benutze diese Gelegenheit, um dem Kongress meine Absicht mitzuteilen, in Paris mit den Vertretern der Regierungen, mit denen wir im Kriege gegen die Mittelmächte assoziiert waren, zusammenzukommen, zu dem Zwecke, um mit ihnen

die Hauptpunkte des Friedensvertrages zu besprechen. Ich bin mir der großen Nachteile, die sich daraus ergeben, daß ich das Land gerade zu dieser Zeit verlasse, bewußt. Aber der Entschluß, daß es meine unumstößliche Pflicht sei, hinzugehen, wurde mir durch Erwägungen aufgezwungen, die, wie ich hoffe, für Sie ebenso entscheidend sein werden, wie sie für mich waren. Die alliierten Regierungen haben die Grundlagen für den Frieden angenommen, die ich dem Kongress am 8. Januar d. J. diskutierte, ebenso wie die Mittelmächte sie angenommen haben. Aus sehr begreiflichen Gründen wünschen die Alliierten jetzt meinen persönlichen Rat bei ihrer Auslegung und Anwendung zu haben. Es ist auch sehr wünschenswert, daß ich diesen Rat gebe, damit der aufrichtige Wunsch unserer Regierung, ohne selbstliche Absichten irgendwelcher Art zu dem Abkommen, das zum gemeinsamen Wohle aller beteiligten Völker beitragen wird, zu gelangen, offenkundig gemacht werde.

Die Friedensabmachungen, auf die wir uns jetzt einigen werden, sind für uns und für den Rest der Welt von größter Bedeutung, und ich kenne kein Geschäft oder Interesse, das ihnen vorzuziehen werden dürfte. Die tapferen Männer unserer Streitkräfte zu Lande und zur See haben gewissenhaft für die Ideale gekämpft, von denen sie wußten, daß sie die Ideale ihres Landes seien. Ich habe versucht, diesen Idealen Ausdruck zu geben. Sie sind von Staatsmännern als ihre eigenen Gedanken und Absichten entsprechend angenommen worden, und auch die assoziierten Regierungen haben sie angenommen. Ihnen bin ich es schuldig, darauf zu achten, daß sie, soweit es an mir liegt, nicht falsch oder irrtümlich ausgelegt werden, und daß keine Mißverständnisse durch sie zu bewirken. Es ist meine Pflicht, den vollen Wert an der Bewirkung dessen, wofür sie ihr Leben und Blut gespendet haben, auf mich zu nehmen. Ich könnte mir keinen Auf zu einem Dienste denken, der wichtiger wäre als dieser. Ich werde mit Ihnen auf dieser Seite des Wassers in enger Führung bleiben, und Sie werden alles, was ich tue, erfahren.

Hauptmanns „Michael Kramer“

Kammerspiele.
Es war ein herrlicher Abend. Das wunderbare Nebeneinander nebeneinander (sogar unversierter Alltagswirklichkeit und eines stillen, dem höchsten zugewandten Innenlebens, der Wesens- und Stimmungstiefen dieser Dichtung, kam in der Gestalt von Paul Wegeners großartig schillerndem Kramer zu ungebrochenem vollen Ringen. Und in dem früheren gleich er ganz dem Wille, das der Dichter vorzeichnet: Ein Hühnerhahn von Wasser, großem, weißem Anstrich, mit schon gewohnter, aber hier, tief liegenden und bewundernden Augen, den Augen wie unter einem Joch gebogen. Und diese erdenschwere, stämmige Gestalt, die in ihren Bewegungen hier und da schon Verwirrungsbildungen des Alters zeigt, in deren schmalen und formlosen Worten die Betonung einer durch schonungslos Abrechnung mit allen einseitigen Jugendillusionen gewonnenen Resignation mitschwingt, wußt sich dann zu einer Größe, der man es guttut, daß sie in ständiger Ausdehnung auf das Ideal gerichtet, auch noch im tiefsten Felde am Grunde des entzweiten und doch so heiß geliebten Sohnes in flüchtigem flügelstich sich erhebt.
Wegeners Organ, in Augenblicken der Erregung über die Verantwortung des Sohnes zu mächtigen Formakzenten anschwellend, hat seit dem Ton beherrschter stiller Güte, der von der Selbstsucht des noch seinem Naturell so heilblütigen Zeugnis abliegt. In dem Gespräch mit seinem Schüler Bachmann verriet sich etwas von der tiefen Vorkerknung, die er einst gezeugt. Ihm sei es fühlbar gemessen, daß er ein Wilder, das ihm voll genüge, nie erschaffen könne, doch ist dem Jungen vielleicht vorzuziehen. „Ich habe mit gelacht: Ich nicht, aber du — da vielleicht.“ Und nun schloß der Dichter, mit künstlerischen Gaben überreich ausgestattet, das störrische Naturell in sinnlos lockerer Unterleib tot! Rührend schaut aus allem Grimasse die felsenfeste Überbrot zum Können dessen, der sich selber aufgegeben, bevor. Ergreifend war das Ringen um des Sohnes Seele: die Freundschaft, vom seinen Augen abzuweisen, und dann der große Ausbruch verzweifelter Empörung.
Ihren Gipfel erreicht die Darstellung in der großen Totenszene des letzten Aktes, dem seelischen Höhepunkt der Dichtung. Aus den erstarren Augen des ausgehöhrten Sohnes strahlt ihm ein Widerschein des Geschehen, das er einst von ihm erhofft hat, entgegen. Den Gestorbenen im Geist verflüchtend, erhebt er sich wie im Triumph, grüßt er den Untergang als Uebergang zu einem neuen Leben. „Reiner von uns ist ein Verlorener!“ Sein Wille streift von dem Leinwand zu der Leinwand des Bewusstseins, des künstlerischen Offenbarers tiefer Menschenschwermut. Was hat er uns verurteilt? „Von irdischen Befehle ist es nicht! — Der Himmel der Pfaffen ist es nicht! — Aber was — — — was wird es wohl sein am Ende!!!“ Aus der Verklärung steigt ihm der Glaube an irgend

Das Tollhaus Rußland!

Die traurigen Erfolge des Bolschewismus.
Ein aus Moskau am 9. November abgereistes Mitglied der deutschen Handelskommission, das kurz vorher auch in Petersburg weilte, schildert die Lage folgendermaßen:
Die Räteregierung ist auf ihren nahen Sturz durch die Entente gefaßt, in bolschewistischen Kreisen herrscht daher stark gedrückte Stimmung. Wie ein Mitglied der Räteregierung selbst mitteilte, ist ein großer Teil der Mitglieder der Regierung bereits im Besitz von Pässen für die vorbereitete Flucht nach Stockholm. Die Unzufriedenheit mit der bestehenden Regierung wächst von Tag zu Tag auch in den untersten Volksschichten, da sich allgemein die Erkenntnis Bahn bricht, daß die Räteregierung das Land in jeder Beziehung an den Abgrund gebracht, nur zerstört, aber nichts wieder aufgebaut hat. Der Verfall des wirtschaftlichen Lebens ist erschreckend. Von planmäßiger Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel ist keine Rede. Durch die Nationalisierung des gesamten Wirtschaftslebens ist ein gänzlicher Stillstand jeder Produktionsfähigkeit eingetreten. Ueberall Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger. Lediglich die Beamten der bolschewistischen Regierung und ihrer Organe sowie die Angehörigen der roten Armee führen insofern Bestehendes, Diebstahl und Plünderungen ein erträgliches Dasein. Keinerlei Fürsorge herrscht für die ärmsten Volksschichten, die hungern und bettelnd zu Tausenden auf der Straße liegen. Die Fürsorge für das Proletariat, für das die Räteregierung zu kämpfen vorpiegelt, steht lediglich auf dem Papier. Das Anerbieten eines Mitgliedes der deutschen Handelskommission an einen hohen Sowjetbeamten im Petersburger Handelsministerium, Medikamente an Rußland liefern zu wollen, lehnte dieser Beamte mit dem Bemerkens ab, Medikamente würden nicht gebraucht, das Volk möge ruhig zu Grunde gehen. Sämtliche Ärzte in Petersburg stehen unter der Aufsicht eines unreifen unerfahrenen Vurischen. Die Wundhöfe sind verwaist, weil niemand mehr arbeitet, die Häute werden häufig verkauft, Händlern und Händlern auf den Straßen ihre Waren von unreifen Vurischen der roten Armee abgenommen. Russische Kriegsgefangene, die aus Deutschland zurückkehren, erfahren nach Betreten des russischen Bodens keinerlei Fürsorge. Erbärmlich heideit, teilweise nur in Hemden, oft ohne Schuhwerk, ziehen sie durchs Land. Ohne Nahrung und Unterkunft verhungern oder erkranken Tausende in den Wäldern. Auf einer Bahnstation der Strecke Orscha—Moskau wurden, wie ein Augenzeuge berichtet, an einem Tage 80 auf diese Weise umgelommene Kriegsgefangene beerdigt. Auch die bis Moskau gelangenden Kriegsgefangenen bleiben mangels jeder Organisation ohne Nahrung und Unterkunft, viele haben die deutschen Kommissionen, daß sie wieder nach Deutschland zurückgeführt werden möchten.
Diese erschütternden Tatsachen werden auch durch andere Briefe bestätigt. Im Osten Deutschlands sind entlassene russische Kriegsgefangene zu ihrem deutschen Arbeitgeber zurückgeführt, die erklärten, daß sie in Rußland vor Elend nicht bleiben könnten und darum um Wiederaufnahme als Arbeiter baten.

A- und S-Räte und Volksernährung.

Dringende Warnung vor Mißgriffen.
Amtlich wird folgender Beschluß des Reichsausschusses veröffentlicht:
An alle Arbeiter- und Soldatenräte des Reichs! Das Reichsernährungsamt beklagt sich darüber, daß die Fälle sich mehren, in welchen Arbeiter- und Soldatenräte Eingriffe in die Saatkartoffelbestände (!) vornahmen. An alle Arbeiter- und Soldatenräte ergeht daher die dringende Mahnung, allen Anordnungen der Reichs- bzw. Provinzialkartoffelstelle sowie Saatstellen unbedingt Folge zu leisten und unberechtigten Eingriffen in das gesamte Ernährungsweesen mit allen Mitteln vorzubeugen. Der Volksgesundheitsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlins, Richard Müller, Rollenbuck.

Es ist höchste Zeit, daß solche Mahnungen überflüssig werden!

Soldatenratswahl für Groß-Berlin.

Zur Herbeiführung einer geordneten Wahl von Soldatenrat delegierten zu der am 16. Dezember zusammentretenden Delegiertenversammlung wird festgelegt:
1. Jede Formation (Truppenteil, Lazarett, Behörde) meldet die am Stichtage, Freitag, den 5. Dezember, bei ihr tatsächlich befindlichen Mannschaften und Unteroffiziere dem Zentralwahlbureau im Kriegspresseamt, Luisenstr. 31a.
2. Zu diesem Zweck haben sich sämtliche Mannschaften und Unteroffiziere persönlich bei ihrer Dienststelle am Stichtage zwischen 9 Uhr vormittags und 4 Uhr nachmittags in Listen eintragen zu lassen. (Siehe Erläuterungen.)
3. Die aufgestellten Listen sind, verantwortlich unterzeichnet, vom Soldatenrat der Formation am 7. Dezember bis 2 Uhr nachmittags dem Zentralbureau durch Boten zu überbringen. Nach 2 Uhr eingereichte Listen werden nicht mehr berücksichtigt.
Wahlreglement.
1. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mannschaften und Unteroffiziere mit Ausnahme der bis zur Entlassung oder ohne Gebührende Verurlaubten.
2. Auf je 1000 Mann kommt ein Soldatenratsmitglied. Wenn die Saluzahl 500 übersteigt, ein weiteres Mitglied.
3. Formationen über 1000 Mann bilden einen Wahlkörper für sich und wählen selbständig in einer Versammlung ihrer Formation.
4. Kleinere Formationen werden durch das Zentralwahlbureau zusammengefaßt. Sie wählen auf je 100 (Grenze von 50 darunter, bis 50 darüber) einen Vertrauensmann. Die zu einem Wahlkörper zusammengefaßten Formationen wählen durch diese Vertrauensleute auf je 10 Vertrauensleute einen Delegierten.
5. Die Wahl der Delegierten durch die größeren Formationen findet ebenso wie die Wahl der Vertrauensleute am Montag, den 9. 12., um 10 Uhr vormittags statt, die Wahl der Delegierten durch die Vertrauensleute am gleichen Tage nachmittags 2 Uhr in Wahllokale, die den betreffenden Formationen bekanntgegeben werden.
6. Sämtliche vorchriftsmäßig mit Gebührenden nach Berlin beurlaubten Militärpersonen melden sich am 6. Dezember zwischen 9 und 4 Uhr nachmittags in der Kaserne des Alexanderregiments in der Mühlstraße zwecks Eintragung in die Wahlliste. Sie wählen am 9. Dezember um 10 Uhr vormittags am selben Plage in einer Versammlung.
7. Das Resultat der Delegiertenwahl ist unter Einreichung des Wahlprotokolls durch Boten dem Zentralbureau sofort einzureichen. Letzte Frist 10. Dezember vormittags 10 Uhr.
8. Die Wahlen der Vertreter zur Delegiertenversammlung werden noch bekanntgegeben.
Erläuterungen.
Der Wahlbezirk Groß-Berlin umfaßt die nachfolgend bezeichneten Orte:
Abtischhof, Ahrensfelde, Alt-Glienide, Baumshulenteich, Biedorf, Blankenburg, Blankenfelde, Britz, Buch, Buckow, Borsig, Charlottenburg, Dahlem, Eiche, Falkenberg, Franz-Eichhof, Friedrichsfelde, Friedenau, Glienide, Grunewald, Grunewald-Forf, Groß-Neiherfelde, Groß-Neiher, Galenke, Heinersdorf, Heroldsdorf, Hermsdorf, Hohenschönhausen, Johannishof, Karow, Kaulsdorf, Köpenick, Lankwitz, Lindenbergr, Lichtenberg, Lichtenrade, Lübars, Marienfelde, Mariendorf, Neukölln, Niederschöneweide, Niederichonhausen, Oberschöneweide, Ohlendorf, Pantow, Reinickendorf, Rummelsburg, Rudow, Rosenhof, Siedende, Schwandorf, Schmörgendorf, Schilow, Schöneberg, Schönholz, Steglitz, Strauß, Tegel (Jungfernheide), Tegel (Pflögen), Tegel, Tempelhof, Treptow, Wartenberg, Weihensee, Wilmerdorf, Wittenau, Zehlendorf.
Kommandierte wählen bei den Dienststellen, bei denen sie am Stichtage beschäftigt sind.
Die Mannschaften des Sicherheitsdienstes gelten als selbständige Formationen.
Bei Einreichung der Listen geben Vereinslazarette an, welchem Reserve-Lazarett sie zugeteilt sind; abgezwigte Verbände, welcher Zentralbehörde sie unterstellt sind.
Die ohne Gebührende oder bis zur Entlassung Verurlaubten unterliegen den Bestimmungen für die Arbeiterratswahl.
Das Zentralbureau ist ab Mittwoch, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, täglich geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, am 6. Dezember und 9. Dezember bis 9 Uhr nachmittags.
Der Volksgesundheitsrat des A- und S-Rates Groß-Berlin, Richard Müller, Rollenbuck.

Ein erhabener innerer Sinn der Welt von neuem auf, ein ungerührbar starkes Hoffen, das aber jede nähere Bestimmung, jeden Schein dogmatischer Bindung in aufrechter Wahrheitsliebe von sich abweist.
Auch die Hintergründe, von denen die Figur des Aktes sich abhebt, erhalten in der Wiedergabe lebendvolle Ausgestaltung. Er ist Deutsch, der den jungen Arnold die Schwere abstoßende, vom Dichter vorgeschriebene „Marabu“figur gab, verstand es dabei, für den verärrteten hochstufte Buchhändler ein warmes Mitleid zu erwecken. Das Beherrschte durch eine dumpfe Krisenangst, gegen die er, wenn sie ihm auch elend macht, jedes Anklumpfen für vergeblich hält, kam zu überzeugendem Ausdruck. Gleichfalls vorzüglich war Maria Feins Michaline, Kramers moderne und kluge Tochter, in allem das Widerspiel des Sohnes. Herr Goecke betonte in der Charakteristik Bachmanns einen angelegenen Zug jovialen Frohsinns, von dem es gewisshaft ist, ob er des Dichters Intention entspricht, der sich aber zwanglos und natürlich dem Wille einließerte. Die Szene, in der die beiden die verknungen lichten Jugenderinnungen erneuern, eine der schönsten des Dramas, entfaltet sich auf der Bühne in ihrem ganzen Schwermütig seinen Stimmungsgang. Gertrud Weller veranschaulichte in stoffgeschickter Nüchternheit glücklich die vielfältig schillernde Wesensart der Kellnerin, in die der arme Arnold blind verliebt ist.
Die Wirkung des Stückes war so stark, daß sich das Publikum im wichtigen Gefühle aller äußeren Beifallsbezeugungen enthielt.
Conrad Schmidt.

Die Reform der Kunstakademien.

Umgestaltung des Unterrichts ist überall im Kammerspiel, Volksschulen, Gymnasien, Hochschulen stehen vor bedeutenden Entscheidungen. Daß auch die Kunstakademien sich den neuen gesellschaftlichen Bedingungen anpassen müssen, ist selbstverständlich. Man hört zwar darüber noch nichts aus Berlin, wenigstens in breiterer Öffentlichkeit nicht, aber reglos geht München vor. Hier haben sich 45 der angesehensten Künstler aus allen Gruppen als „Klub der Künster Künstler“ konstituiert. Das von der absoluten Kooperation der Kunsterschaft aufgestellte Programm wurde, so schreibt Prof. A. A. Meyer in der Gesamtansicht „Kunstzeitung“, mit überausgehender Zustimmung angenommen, und es ist bereits Sorge getragen, daß es nicht bei einer formalen Annahme bleibt. In dem Programm heißt es: „Die Kunstpflege des Volksstaates, dem mit dem Zusammenbruch des alten Systems gerade auf diesem Gebiet eine Reihe wichtiger, fördernder Aufgaben zu fallen, behält als ihr Ziel im Auge, daß die Kunst nicht Zugabe und Ausnahmestellung sein darf, daß sie vielmehr das ganze Volk und das tägliche Leben durchdringt, nicht einseitig, sondern allen erreichbar sein soll, und daß ihre höchsten Leistungen, welche die wirklich mit Recht „begnadelt“ genannt werden können, der Allgemeinheit gehören.“ Diese Auf-

Notizen.

Ein Straßburger Denkmal für Fouquet de La Fite ist im Werden. Ein Komitee hat sich gebildet. Zum Präsidenten wurde der französische Offizier Baron Dietrich gewählt, der ein Nachkomme jenes Bürgermeisters von Straßburg ist, in dessen Hause die Marckallise im Jahre 1789 zum ersten Male gefungen wurde.
Theater. Im Residenz-Theater wurde die Schauführung von „Friedensverhandlungen“, Farselle von Bruno Binzer, auf Sonnabend, den 7. d. M., abends 7 1/2 Uhr, verloben.
Im Schiller-Theater Charlottenburg geht in diesem Freitag Abend „Volksfeind“ zum letzten Male vor Weisbach in Szene.
Russl. Der dritte Beethoven-Sonaten-Abend von Fräulein Kravtchodsky und Bernhard Dessau findet in der Singakademie am 5. Dezember statt. — Der am 9. November abgesetzte Abend wird am 12. Dezember nachgeholt. — In dem am 22. Dezember in der Philharmonie von Generalmusikdirektor Bruno Walter, München, geleiteten Konzerten, unter Mitwirkung von Elise Dux, gelangen neben der C-Dur-Sinfonie u. a. die folgenden Gedächtnis-Programme zur Aufführung.

Die 800 Millionen der A. und S.-Räte.

Notwendige Aufklärung.

Auf die Nachricht gestützt, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten vierzehn Tagen ihres Wirkens 800 Millionen Mark verbraucht hätten erhebt Erich Dombrowski im „Berliner Tageblatt“ gegen die angebliche finanzielle Miswirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte heftige Vorwürfe. Derartige Anschuldigungen scheinen uns nicht angebracht, denn vorläufig ist gar nicht bekannt, wofür die 800 Millionen Mark verbraucht worden sind. Wir vermuten, daß es sich zum größten Teil um Beträge handelt, die unter den gegebenen Umständen auch von den ordentlichen Behörden hätten verausgabt werden müssen, ferner daß es sich um notwendige einmalige Ausgaben handelt und nicht um eine Mehrleistung von 400 Millionen oder 20 Milliarden pro Jahr, die selbstverständlich in keiner Weise zu ertragen wäre.

Auf alle Fälle ist die Notwendigkeit erwiesen, so rasch wie möglich zu einem geordneten System der Finanzverwaltung unter parlamentarischer Kontrolle zurückzukehren. Das ist vor allem schon im Interesse der Arbeiter- und Soldatenräte selbst notwendig, die sich nicht nachfragen lassen dürfen, sie verpulverten öffentliche Gelder oder wirtschafteten gar in die eigene Tasche. Wir wollen keine asiatische Wirtschaft wie in Rußland, wo man das ungeheuerlich wachsende Defizit einfach mit der Rotenpresse deckt und jede Kritik an solchen Zuständen mit Gewalt unterbrückt.

Strengste Sparsamkeit und Rechenschaft, schnellste Rückkehr zur parlamentarisch kontrollierten Finanzwirtschaft ist das Gebot der Stunde.

Fälschungen als Agitationsmittel.

Der falsche Hindenburg und der falsche Liebknecht.

In einer Zeit der Befreiung, wie der gegenwärtigen, wird natürlich von Leuten, die mit der neuen Freiheit noch nicht recht umzugehen verstehen, noch mancher kindischer Unfug getrieben. Das geschieht nicht bloß von Seiten der Spartakisten. Neulich ist ein großes Flugblatt gegen Unabhängige und Spartakisten erschienen, das die Unterschrift Hindenburgs trägt. Die Unterschrift war, wie sich inzwischen herausstellte, gefälscht. Die „rote Fahne“ kümmert sich nicht um diese Feststellung, sondern brüllt, die Katastrophe drohe, wenn Hindenburg nicht sofort eingesperrt werde.

Ein Gegenstück dazu! Vor einigen Tagen erschien in der Expedition des „Vorkämpfers Sozialisten“ ein Mann, der sich als ein Huberter Kofke, Ferdinandstraße 33, bezeichnete, um, angeblich im Auftrag, folgendes Inserat aufzugeben:

Kaufe jeden Posten von Gewehren sowie Kadaverinstrumente.

Offerten sind zu richten an Karl Liebknecht, Berlin-Siegsh., Bismarckstraße 76. Ami Sieghsh. 1306.

Liebknecht sieht also, daß kein Mensch gegen den Mißbrauch seines Namens geschützt ist. In der alten reaktionären Zeit wurden die Leute für das eingesperrt, was sie geschrieben hatten. Der Fortschritt, wie ihn die „rote Fahne“ versteht, besteht darin, daß man die Leute außerdem auch für das einsperren kann, was sie nicht geschrieben haben. Eine Methode, die sich leicht als zweischneidig erweisen könnte!

Ein Junkerurteil über Wilhelm den Letzten.

Ein geistig unnormaler Mensch.

In einem Flugblatt, in dem sich gesunder Menschenverstand mit veralteten Anschauungen seltsam mischt, führt Gerhard von Bredow, Rittergutsbesitzer auf Bredow (St.-haveland) u. a. über Wilhelm den Letzten folgendes aus:

Am diesen geistig unnormalen Menschen hängt sich leider die langstrenge konservativ Partei und hat dadurch zum großen Teil den Sturz der Monarchie verschuldet; denn jetzt nach 30 Jahren Regierung eines vom Größenwahns Befallenen Menschen konnte sie nicht mehr vom Volke erwarten, daß es in Erinnerung an die Aera Bismarck monarchisch blieb. Wäre Wilhelm II. wie es richtig war und von vielen auf Grund von ärztlichen Gutachten befürwortet wurde, vor Jahrzehnten unter Kuratel gestellt, so hätten wohl heute viele, die hegeisierte Republikaner sind, nicht an die Republik... Können die Führer der konservativen Partei, die aus Scheu vor dem Träger der Krone nicht wagten, einen unnormalen Menschen von der Regierung zu entfernen, sich wundern, daß einige tausend Menschen, die durch den Krieg schwer gelitten haben, sich hinter Liebknecht stellen, einen Menschen, der ebenso wie Wilhelm II. in eine Anstalt gehört? Beide besaßen durch oberflächliches in ein Aussen, und wäre nicht der eine auf dem Throne geboren, wer weiß, ob sie nicht Schulter an Schulter gekämpft hätten.

Im übrigen meint Herr v. Bredow, die konservativen Landwirte könnten sich, indem sie sich auf den Boden der freien Republik stellten, mit der Sozialdemokratie viel eher vertragen als mit dem großkapitalistischen Liberalismus.

Auch das verdanken wir dem alten System.

Der Gruherlass von Jülich — und Stonim.

Zu den Meldungen über die der Stillbevölkerung in Aachen, Jülich usw. von der belgischen Besatzung unter Androhung der Todesstrafe auferlegte Verpflichtung: Die vorübergehenden Offiziere durch Abnahme der Kopfbedeckung zu grüßen und dabei den Bürgersteig zu verlassen, werden wir von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß auch dieser Erlass nur eine Kopie dessen ist, was deutsche Oberbefehlshaber in besetzten Gebieten angeordnet haben. Als Parallele diene z. B. die letzten Ende 1915 oder Anfang 1916 in Hammone Verordnungen der deutschen Kommandantur der — im September 1915 eingenommenen — polnischen Stadt Stonim, die ausdrücklich eines polnischen Maueranschlags in russischer, polnischer und jüdischer deutscher Sprache lautet:

„So wird allen Einwohnern der Stadt bekannt gemacht, daß sie verpflichtet sind, bei der Begegnung mit Offizieren den Bürgersteig zu verlassen und sie durch Abnahme der Kopfbedeckung zu grüßen. Bei Nichterfüllung dieses Kommandanturbefehls wird strenge Bestrafung erfolgen.“

Dann hat es sich allerdings „nur“ um — polnische Juden gehandelt, die von dieser Verbotsordnung betroffen wurden. Jedenfalls scheint es, als ob die Herren von drüben von den Methoden der früheren deutschen Militärverwaltungen im besetzten Gebiet gelernt haben.

Die Anordnung wird dadurch in unseren Augen nicht besser und nicht billiger. Aber das soll das deutsche Volk wissen, daß es auch diese Schmach letzten Grades den schuftigen Offizieren des alten Systems verdankt.

Putschisten von rechts und links.

Die Vorgänge in Essen.

Der Essener Plafkommandant teilt mit: Um 12 Uhr heute mittag versuchten am Bahnhofsvorplatz mehrere junge Offiziere die rote Fahne von der Hauptpost und vom Empfangsgebäude zu entfernen. Dabei kam es zu einer Schießerei und einigen Verwundungen. Die Ruhe und Ordnung in Essen ist hierdurch nicht gestört.

Weiter wird aus Essen gemeldet: Am Dienstag Abend kam es vor dem Gebäude der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, in dem sich auch die Büroräume des R.A.V. befinden, zu einer Kundgebung, in deren Verlauf der Betrieb der Zeitung sowohl wie auch der Betrieb des R.A.V. geschlossen werden mußten. Hierzu bringt die „Post“ noch folgende Meldung: Im Anschluß an einer Versammlung der Essener Gruppe der Spartakuspartei hatte sich eine große Menge von Anhängern dieser Gruppe vor dem Gebäude der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ versammelt; nachdem aufreizende Reden gehalten worden waren, drang die Menge in das Gebäude ein, befreite die Redaktionsmitglieder durch vorgehaltene Revolver und zerstörte einen Teil der Setzerei.

Man muß es den Putschisten von rechts und links lassen, daß sie einander vortrefflich in die Hände arbeiten. Wir haben an dieser Stelle schon öfters ernste Warnungen an radikalistische Offiziersklümmel ausgeprochen und ihnen vor Augen gehalten, daß sie mit ihren provozierenden Streichen nur der Erbitterung der Extremisten von der anderen Seite Vorschub leisten. Genügt hat es nicht. Das Herabreißen roter Fahnen muß natürlich als Anreiz auf die Massen wirken, auch ihrerseits gewalttätig vorzugehen. Wir billigen es trotzdem nicht, wenn von Seiten eines Teiles der Arbeiterschaft in die Meinungsfreiheit und in die Freiheit der Presse gewalttätig eingegriffen wird. Wir sprechen auch heute daselbe aus, was wir seit Jahren und aber Jahren stets gesagt haben: daß sich die Arbeiterschaft durch alle Provokationen von rechts her nicht von dem Weg abdrängen lassen darf, den sie für richtig erkannt hat. Die Erringung der vollen Meinungsfreiheit war uns das Hauptziel der Revolution, und dieses darf nicht deshalb freigegeben werden, weil auch die Gegenseite die Meinungsfreiheit für sich benutzte. Aber Blätter von dem Schlage der „Post“ geben wir nicht das geringste Recht über „rohe Gewalttaten“ zu zeteren. Hat sie doch sonst über das Herabreißen roter Fahnen durch Offiziere laut gebuffelt. Hier erntet sie die Früchte ihres Jubels.

Kein Rücktritt des Herrn v. Heidebrand von den Parteigeschäften. Die Meldung der „Vossischen Zeitung“, daß sich der Führer der Konfessionspartei, Herr von Heidebrand endgültig aus dem politischen Leben zurückziehen will, entspricht, wie die „Kreuzzeitung“ mitteilt, nicht den Tatsachen.

Die Sozialisierungskommission tritt am Donnerstag, nachmittags um 5 Uhr, zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zu ihr gehören Prof. Vogelstein, Prof. Lederer, Prof. Velloz, Prof. Wilsbrand, Prof. Franke, Hilferding, Kautsky und Hue. — Rathenau ist auf einen Einspruch der Unabhängigen hin aus dem Ausschuss ausgeschieden.

Gegen die Verhaftung des deutschen Konsuls in Lemberg hat die deutsche Regierung bei der polnischen Regierung in Warschau entschiedenen Einspruch erhoben und verlangt, daß dem Konsul die sofortige Abreise bewilligt wird.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Livland ist nach Vereinbarung der provisorischen Regierung mit den deutschen Truppen eine freiwillige Landwehr gebildet worden. Sie wird etwa 5000 Mann umfassen.

Groß-Berlin

Die Erwerbslosenfürsorge ist ungesäumt durchzuführen.

Der Demobilisationsausschuss Groß-Berlin, dessen Zuständigkeit sich über die 6 Groß-Berliner Städte und die Kreise Teltow und Niederbarnim erstreckt, hat gestern beschlossen, daß in denjenigen Gemeinden, welche zum Lebensmittelverband Groß-Berlin gehören, ungesäumt die Erwerbslosenfürsorge einzuführen ist, wie dies in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Lichtenberg und Wilmersdorf bereits seit dem 25. November geschehen ist. In diesen Ortschaften gehören insbesondere auch die wichtigsten Industrie- und Arbeiterortorte wie Adlershof, Orly, Cöpenick, Friedenau, Friedrichshagen, Grünau, Johannisthal, Königswusterhausen, Lankwitz, Lichterfelde, Mariendorf und Marienfelde, Nieder- und Oberschöneweide, Nieder- und Hohenschönhausen, Nowawes, Pantow, Reinickendorf, Schmarzendorf, Steglitz, Tegel, Tempelhof, Treptow, Wannsee, Weichenberg und Wittenau.

Hierzu erwartet der Demobilisationsausschuss, daß in diesen sämtlichen Orten bis spätestens Ende dieser Woche die Erwerbslosenfürsorge genau nach dem Groß-Berliner Muster in Kraft gesetzt ist. Die Bevölkerung wird dringend gebeten, über jeden Mangel, der in einer dieser Gemeinden noch verbleiben sollte, alsbald im Bureau der Erwerbslosenfürsorge, C. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 45, Mitteilung zu machen.

Gegen den Wohnungswucher.

Die Hauseigentümer sind dabei, die Mieten für ihre Wohnungen weiter zu steigern. Manche kühnigen schon jetzt die Wohnungen zum 1. April nächsten Jahres und bieten sie den Mietern zu Preisen an, die weit über den bisherigen stehen. Seit den letzten Tagen des November sind uns aus verschiedenen Teilen Groß-Berlins wieder Mietsteigerungen gemeldet worden, die über 25 Proz., über 30 Proz., über 35 Proz. hinausgehen. Erklärt wird die Hinaufschraubung der Mieten in der Regel mit Hinweisen auf die Erhöhung aller Lebenskosten, nicht nur der Hypothekenzinsen, sondern auch der Reparaturausgaben. Der letztgenannte Grund wird auch Mietern angegeben, in deren Wohnungen die Hauswirte seit Jahren nicht einen Pfennig für die Instandhaltung der Mietsgegenstände in jedem Fall einer zu demütigenden Mietsteigerung sich schuldig zu machen. Freilich wissen wir, daß in der Bevölkerung das Vertrauen zu den Mietungsämtern nicht sehr groß ist. Das Vertrauen mag oft unbegründet sein, aber es besteht und hindert manchen, ein Mietungsamt anzurufen. Gegenüber den argen Aufschreitungen hausparasitischer Profitgier wäre eine Verordnung zu wünschen, die ohne weiteres die über einen gewissen Prozentsatz hinausgehenden Mietsteigerungen für ungültig erklärt. Wenn in dieser Weise mit den Wohnungswuchern kurzer Prozeß gemacht würde, kämme die Mietungsämter entlastet werden und die Wohnungsmieter ohne viele Umstände den notwendigen Schutz finden. Eine solche Maßregel sollte aufs schärfste getroffen werden, noch ehe die Hauswirte in Groß-Berlin, den für Ende Dezember zu erwartenden Anseh der Mietsteigerungen auf die Bevölkerung herabverprojizieren lassen.

Das Elend in Rußland.

Die während des Krieges aus Rußland ausgewiesenen und geflüchteten Deutschen hielten am Dienstag eine Versammlung ab

wo nach den Angaben eines Deutschen, der kürzlich in Rußland war, um die Interessen der Flüchtlinge wahrzunehmen, folgende Mitteilungen gemacht wurden:

In Petersburg und Moskau herrscht unbeschreibliches Elend. Es fehlt an allem, was zum Leben nötig ist, besonders an Nahrungsmitteln, für die fabelhafte Preise gezahlt werden. In Moskau kostet ein Zentner Kartoffeln 100 Rubel, ein Hering 8 Rubel, ein Ei 10 Rubel, ein Pfund Fleisch 30 bis 40 Rubel, ein Pfund Brot 30 Rubel ein Pfund Butter 45 Rubel, ein Mittagessen von 4 Gängen 150 Rubel. Vor Hunger und Entkräftung fallen täglich Menschen und Pferde auf den Straßen um. Die Zahl der Obdachlosen wächst von Tag zu Tag.

Militärputsch in Berlin!

Wir werden um Aufnahme nachstehender Verächtigung gebeten: In der „roten Fahne“ vom 3. Dezember 1918 befindet sich unter der Überschrift „Militärputsch in Berlin?“ ein Bericht über den Einzug der „Kunstabteilung des Gardeleibregiments“, wie er oberflächlich und unwahr nicht abgefaßt werden konnte.

Nicht die Kunstabteilung, sondern die Garde-Fernsprechabteilung rückte am 2. Dezember von Neußän aus in Berlin ein. Nicht 6 berittene Offiziere führten die Abteilung, sondern 2 Offiziere, 1 Hauptmeister und der Wachmeister ritten vor der marschierenden Truppe. „Heil dir im Siegerkranz“ und andere Kaiserwürde wurden weder geäußert noch gespielt. „Hochfahrende Worte“ des kommandierenden Offiziers sind nicht gefallen; der Führer der Abteilung erklärte dem Mann des Sicherheitsdienstes, der die Abteilung anhielt und die Waffenabgabe der Offiziere forderte, daß sich die Abteilung auf dem Marsch vom Bahnhof zum Giasbataillon befinde und jeglicher demontrierbarer Charakter fernhalte. „Zurückhaltung“ war Verdienst in erster Linie der zurückkehrenden Truppe.

Der Soldatenrat der Garde-Fernsprechabteilung.

Der Ausschuss der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beschäftigte sich in zwei Sitzungen, an denen die zuständigen Reichsämter und preussischen Ministerien teilnahmen, mit der Frage, durch welche Mittel am wirksamsten der drohenden Masseneinführung der Geschlechtskrankheiten in die breiten Volksschichten gesteuert werden könne. Voraussetzung für alle zu erweisenden Maßregeln ist eine möglichst genaue Erfassung aller geschlechtskranken Monnatschaften bei der Entlassung aus dem Heeresverband; die noch Anhebungsstadien sind bis zur Beseitigung zurückzubehalten, die nicht mehr Anhebungsstadien, aber noch Beobachtungs- oder Beobachtungsbedürftigen den Beratungsstellen der Landesversicherungsanstalt zu weisen. Durch Verbesserung der Hochabteilungen an den städtischen Krankenhäusern, durch Einrichtung von öffentlichen Sprechstunden, durch verstärkte Kasernenfürsorge sowie durch Einführung der Familienversicherung sollen die Geschlechtskranken zur Behandlung vermehrt und erleichtert werden. Eine großzügige Aufklärungsarbeit, die sich an alle Volksschichten wenden soll, wird gemeinsam mit den Landesversicherungsanstalten, den Arbeiterkassen, Zivil- und Militärbehörden, den Arbeiter- und Soldatenräten sofort ins Werk gesetzt werden. Notwendig ist ferner eine schleunige Umgestaltung der Ueberwachung der Prostituierten. Schon vor der endgültigen Regelung der ganzen Materie durch die Nationalversammlung sollen die anstands- und ordnungspolitischen Ausnahmebestimmungen sofort beseitigt, die Sittenpolizei soll überall in seine Gesundheits- und Pflegeämter umgewandelt werden. Im ganzen Reich werden in allerhöchster Eile Fortbildungskurse für die Kräfte in der Frühdiagnose und Frühbehandlung der Geschlechtskrankheiten abgehalten werden; auch werden überall Untersuchungsstellen eingerichtet, an welche das von den Ärzten zur Diagnosenstellung entnommene Material eingeschickt werden kann.

Ein einem Militärkraftwagen überfahren und getötet wurde gestern eine unbekannte Frau vor dem Grundstück Postenstr. 7. Sie starb schon auf dem Wege nach dem Krankenhaus in der Gütlicher Straße. Die Unbekannte ist etwa 40 Jahre alt, mittelgroß und dunkelblond und trug einen schwarzen Strachmantel, eine schwarze Mütze, einen dunklen Rock und braune runde Pelzmütze. Ihre Mütze ist B. M. gezeichnet.

Das Erfurter Programm der deutschen sozialdemokratischen Partei, nebst dem Organisationsstatut ist zum Preise von 10 Pf. von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, zu beziehen. Gegen Einsendung von 15 Pf. Briefmarken erfolgt portofreie Zusendung. Eine vollständige Erläuterung des Programms ist die Broschüre „Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“, herausgegeben von Karl Kautsky und Bruno Schönlank. Sie kostet 50 Pf., Porto 10 Pf.

Geschäftszeit an den Sonntagen vor Weihnachten. Die Groß-Berliner Detailgeschäfte werden an beiden Sonntagen vor Weihnachten, am 15. und 22. Dezember, ihre Geschäfte von 8—10 Uhr mittags und von 12—6 Uhr offenhalten. Da aber in der Zeit von 8—9 Uhr vormittags kein Gas und keine Elektrizität in den Geschäften entnommen werden darf, so ist in der Praxis mit einem 9-Uhr-Geschäftsbeginn der Detailgeschäfte zu rechnen.

Der Berliner Scherzartikel-Verband veranstaltet Sonntag, den 8. Dezember, im Leckerbrotbauhaus seine diesjährigen Verbandsmeisterschaften im Ringen und Gewichtheben. Mehr als hundert Konkurrenten haben sich zu den beiden Wettbewerben gemeldet. Bekannte Vereine: Jakob Koch, Heros, Germania, Haden Schmidt, Siegfried, Kraft Heil, Berliner Sportklub, Athen 97, Nowawes, Cöpenick, Spandau u. a. Senden ihre besten Amateure zum Start. Entscheidungskämpfe, Konzert und Tanz beginnen nachmittags 8 Uhr.

Tanzabende in der „Längst des Gitt“, ein Schauspiel von Ludwig Wolff, in den Hauptrollen Alfred Abel und Carmen Barab. Ferner wird ein indisches Drama „Sodji“ mit Eva Kay, Hans Albers, Franz Kaneng und Herrn Seleda gespielt.

Wilmersdorf, Lebensmittel. Bis einschl. Sonnabend, den 7. Dezember, gelangen auf die allgemeine Groß-Berliner Lebensmittelkarte zum Verkauf: auf Abchnitt 74: 200 Gramm Nougat, auf Abchnitt 75: 250 Gramm Marmelade. 1 Pfund 1 R.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Hohen-Neuendorf, Nordbahn. Vom 1. Januar ab soll der „Vorwärts“ wieder in unserem Ort durch die Votensfrau ausgetragen werden. Alle Abonnenten werden daher ersucht, ihre Adresse an den Unterzeichneten einzusenden. Karl Weigel, Hohen-Neuendorf, Oranienburger Str. 115.

Rahnsdorf. In einer hartbesuchten öffentlichen Versammlung berichtete Gen. Rietze über die weiteren Feststellungen in der Gemeindeverwaltung. Da viele Mitglieder an ein Verschulden der bisherigen Ortsgrößen nicht glauben wollten, wurden auf dem letzten Streiktag (Benachrichtigungstag), den die Gemeinde allmählich in allen Haushaltungen verteilt hat, einige arge Belege der Korruption veröffentlicht. Obwohl die Untersuchung nicht endgültig abgeschlossen ist, steht schon fest, daß während des Krieges die Schuldenlast der Gemeinde, die 300 Seelen zählt, um mindestens eine Viertelmillion Mark ohne jede Deckung gestiegen ist. Darflehne wurden in Beträgen von Hunderttausenden von Mark ausgenommen, aber eine Eintragung in die Bücher erfolgte nicht. Es ist somit Geld geboren worden, aber aus den Büchern geht nicht hervor, wo es geblieben ist. Ueber die weitere Entwicklung sowie über die Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrates soll fortlaufend auf dem Streiktag berichtet werden. Gen. Rietze hat sich dazu einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag: „Was ist Sozialismus?“ Abonnementbestellungen auf die Parteipresse und viele Mitteilungsmaßnahmen für den Wahlverein waren das Ergebnis der Versammlung.

